

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V.

Newsletter 01/2018 (87. Ausgabe)

17.01.2018

Sondierungsgespräche für eine neue Bundesregierung

Knapp vier Monate nach der Bundestagswahl gibt es in Deutschland weiterhin nur eine geschäftsführende Bundesregierung. Belgische Verhältnisse, wo einmal eine Regierung fast zwei Jahre geschäftsführend tätig war ? "Geschäftsführende Verantwortungslosigkeit", wie eine große deutsche Tageszeitung ihren Kommentar überschrieb ? Irgendetwas dazwischen ist es schon, dass sich das größte Land Mitteleuropas angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine derart lange Zeit des Nichtregierens leisten kann.

Bietet wenigstens das Ergebnis der Sondierungsgespräche von CDU/CSU und SPD eine Perspektive ? Wenn man danach geht, was dort unter "Verkehr und Infrastruktur" aufgeschrieben steht, sieht es nicht nach dem großen Wurf aus. Da heißt es: "Infrastruktur ausbauen, Investitionen auf Rekordniveau, Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz, Luftreinhaltung verbessern, Klimaziele von Paris erreichen, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sicherstellen". Schaut man darauf, wie eine mögliche neue Regierung das alles erreichen will, wird nur von einem Bündel von Maßnahmen wie zum Beispiel der Förderung von Elektromobilität, des Schienenverkehrs und effizienteren und saubereren Verbrennungsmotoren inklusive Nachrüstungen gesprochen, in erster Linie also auf den motorisierten Individualverkehr und den Bahnreiseverkehr bezogen. Der Güterverkehr und die Logistik fallen im Sondierungspapier durchs Raster.

Höchste Zeit also, die Wünsche der Binnenschifffahrt im Osten Deutschlands zu formulieren. Dass Deutschland ein Transitland ist für Güter und Menschen und deshalb auf gut funktionierende grenzüberschreitende Verkehrswege angewiesen ist, wagt man im Hinblick auf die Bedeutung, erst einmal eine Regierung zu bilden, gar nicht mehr zu erwähnen. Der stellvertretende Vorsitzende des Odervereins, Professor Horst Linde, hat sich der Mühe unterzogen und die Wünsche der Binnenschifffahrt aufgelistet:

WUNSCHZETTEL DER SCHIFFFAHRT AN DIE NEUE REGIERUNG

Horst Linde, Berlin

Wunschzettel an den Weihnachtsmann sind erst einmal ad acta – Wünsche an das Neue Jahr mögen noch erlaubt sein – Wünsche an die neue Regierung sind das Gebot der Stunde – dass die Regierungsmacher nur sehr langsam in die Gänge kommen, hat vielleicht den einzigen Vorteil, dass man in die Verhandlungstöpfe noch Wunschzettel einwerfen kann – in der Hoffnung, dass sie dort jemand findet.

Es ist die Schifffahrt, die Binnen- und Binnen-/Küstenschifffahrt, deren Wünsche an die Politik in der vergangenen Legislaturperiode in großen Teilen unerfüllt geblieben sind und die sich hier mit ihrem Wunschzettel, oder mit aus ostdeutscher Sicht besonders dringlich erscheinenden Wünschen, zu Wort melden:

+ Zuerst und vor allem: einen „richtigen“, vielleicht einmal nicht bayrischen Verkehrsminister, der sich für alle Verkehrsträger, nicht zuletzt für die Schifffahrt, interessiert und sich für ihren sinnvollen Einsatz im Nah- und Fernverkehr, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten und Probleme, einsetzt – dies kann nur bedeuten, das Ziel der Entlastung der Straßen endlich ernst zu nehmen, die Bahn, soweit sinnvoll und machbar, auszubauen, vor allem aber die Voraussetzungen für eine nachhaltige Steigerung des Modal-Split-Anteils der Binnenschifffahrt zu schaffen.

+ Dazu Staatssekretäre, die eine derartige Politik aktiv mittragen und deren Engagement sich nicht in wohlfeilen Sonntagsreden und falschen Versprechungen erschöpft;

+ Somit also eine Verkehr-, insbesondere eine Schifffahrtspolitik, die nicht mehr allein auf einseitig rheinisch fixierte Fachabteilungsebene gemacht wird;

+ wobei „Regionalentwicklung“ nicht länger nur ein Fremdwort sein darf, will sagen, dass regionale Entwicklungsbedürfnisse von Wirtschaftsunternehmen auch mittlerer bis kleinerer Größenordnung gewürdigt werden, die ebenso wie die ganz großen auf rationelle Transportmöglichkeiten – z.B. auf dem Wasser! – angewiesen sind – dies ist eine überaus bedenkliche Entwicklung der letzten Zeit – nicht nur im Osten, aber dort besonders deutlich erkennbar;

+ Investitionsentscheidungen im Bereich der Bundeswasserstraßen also bitte nicht mehr nur nach ideologischen Festlegungen – nach dem Trivial-Motto „Wo heute nichts geht, da wird auch morgen nichts kommen, also kein Ausbau notwendig“ -, sondern nach realen regionalen Bedürfnissen;

+ Es muss endlich Schluss sein mit der jahrelangen grotesken Situation, zugeteilte Finanzmittel in erheblicher Höhe verfallen lassen, weil man von einer vorgefassten Ideologie nicht abweichen möchte und weil man angeblich keine Planungskapazitäten verfügbar hat;

+ Hierzu die Anmerkung: Es wäre gut, wenn trotz verordneter (rheinischer) Zentralisierung die volle Arbeitsfähigkeit der Wasserstraßenverwaltung bald wieder hergestellt und die hohe regionale Kompetenz der Wasser- und Schifffahrtsämter wieder verfügbar wäre.

+ Wünschen wir also der neuen Regierung einen baldigen tatkräftigen Start, und wünschen wir uns, dass sie, wie immer sie aussehen wird, die Verkehrspolitik nicht nur als wohlfeile Verhandlungsmasse, sondern als zentrale gesellschaftliche Aufgabe begreift.

Auch der Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V. (BDB) bemängelt in seiner Pressemitteilung zum Ergebnis der Sondierungsgespräche für eine neue Bundesregierung, dass „die Transport- und Logistikbranche als integraler Bestandteil der Wertschöpfungskette in dieser Unterlage de facto nicht stattfindet“. Weiter heißt es: "Wir vermissen Antworten auf die Frage, wie der Güterverkehr der Zukunft mit seinen beständig wachsenden Transportmengen in ökonomisch sinnvoller und ökologisch verantwortungsvoller Weise gestaltet wird, gerade hier kann der umweltfreundliche Verkehrsträger Binnenschifffahrt einen überaus wertvollen Beitrag leisten. Vor dem Hintergrund der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Logistikbranche hätten wir erwartet, dass bereits auf Sondierungsebene erste konkret greifbare Absichten präsentiert werden, die dann in den folgenden Koalitionsverhandlungen vertieft würden.“

Deutschland als Industrieland und Exportnation sei auf einen leistungsfähigen und international wettbewerbsfähigen Transportsektor angewiesen. Die Herausforderungen hätten die Sondierer genannt. Leider lieferten sie jedoch keine greifbaren Hinweise zu den künftigen Rahmenbedingungen, z.B. zum Ausbau der Bundeswasserstraßen, zum Abbau des enormen Mangels an Fachplanungspersonal in der bundeseigenen Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung, zur Vernetzung der Verkehrsträger oder zur Unterstützung für innovative und emissionsarme Antriebe und Kraftstoffe in der Schifffahrt.

„Insgesamt kann das Ergebnis der Sondierungen nicht befriedigen, das Papier ist ein rückwärtsgewandtes Bekenntnis, das die Antworten auf die großen Herausforderungen vermissen lässt. Das deutliche Bekenntnis von CDU/CSU und SPD zu den Klimazielen 2020, 2030 und 2050 ist erfreulich. Es hätte dann aber nahe gelegen, eine programmatische Aussage für eine Verlagerung von mehr Verkehr auf Schiff und Bahn zu treffen, die bekanntlich besonders umweltfreundliche Transportmittel mit extrem niedrigen Emissionen an Klimagasen darstellen.“ so BDB-Präsident Martin Staats.

Proteste gegen Schiffsdiesel in Berlin

Passend zum Thema Luftreinhaltung hat der Rundfunk Berlin/Brandenburg (rbb) in der "Berliner Abendschau" die Proteste von Anwohnern der Havel in Spandau aufgegriffen, die am Jahresanfang gegen die Abgase der Schiffsdiesel beim An- und Ablegen sowie während des Liegens an der Schiffsliestelle protestieren. Zwar gibt es die Liestelle schon seit Langem, aber die Bedeutung der Luftreinhaltung ist insbesondere in der letzten Zeit stark gestiegen, wo über den Betrieb von

Dieselfahrzeugen in der Innenstadt laut nachgedacht und über entsprechende Klagen entschieden wird. Der Berliner Senat hat das Thema prompt aufgegriffen und will sich für die verbindliche Nutzung von Stromzapfstellen während der Liegezeit einsetzen. Da es sich um Bundeswasserstraßen handelt, sind die Möglichkeiten des Senats begrenzt. Über eine Bundesratsinitiative, die von Berlin ausgeht, soll die Luftverbesserung in der Stadt durchgesetzt werden.

Wassertourismus in Brandenburg

Zwei Maßnahmen betreffen den Sportbootverkehr in Brandenburg. Kurz vor Weihnachten 2017 ist die Schleuse Kannenburg, die Zugangsschleuse von der Havel zu den Templiner Gewässern wegen akuter Einsturzgefahr vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberswalde gesperrt worden. Nun wird ein Neubau der Schleuse erwogen, der möglichst bald kommen soll. Man geht von einer Sperre der Durchfahrt von drei Jahren aus.

Hingegen bemüht sich nun die Gemeinde Marienwerder, den Werbellinkanal zwischen Oder-Havel-Kanal und Werbellinsee umgehend zu reparieren, damit dieser bald wieder genutzt werden kann. Bekanntlich musste der Kanal nach der Erneuerung wieder gesperrt werden, weil Wasser durch die Dämme ausgetreten ist, von dem zunächst niemand wusste, wo es herkommt. War der Damm undicht oder war es doch das gestiegene Grundwasser, das von unten gegen den Damm drückte? Endgültig ist die Frage noch immer nicht geklärt, aber Marienwerder wird die Reparatur bezahlen, um nicht einen noch größeren Betrag an Fördergeldern für die Wiederherstellung des derzeit nicht befahrbaren Kanals zurückzahlen zu müssen.

22. Internationales Oder/Havel-Colloquium in Potsdam

Hochaktuell ist das Thema des 22. Internationalen Oder/Havel-Colloquiums des Odervereins: "Binnen- und Küstenschifffahrt ist praktizierter Umweltschutz!" Bereits im letzten Newsletter haben wir darauf hingewiesen. Jetzt steht auch der Termin. Das Colloquium wird am 19.06.2018 in der Industrie- und Handelskammer Potsdam stattfinden, wo der Verein schon einmal im Jahr 2009 ein Colloquium abgehalten hat.

* * * * *

Haben Sie interessante Neuigkeiten aus Ihrem Bereich, die Sie gern im neuen Newsletter des Verein veröffentlicht sehen wollen ?

Dann mailen Sie Ihre Information an info@oderverein.de oder faxen Sie sie an +49 30 47480416.

* * * * *

Verantwortl. f. d. Inhalt: Gerhard Ostwald, Vorsitzender
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V. , c/o Gerhard Ostwald, Le Pavillon-Str. 29, 13127 Berlin, Fon +49 30 47480414, Fax +49 30 47480416, E- Mail info@oderverein.de

